



## **Inhalt**

1.	Das Zypernproblem .....	2
2.	Gasvorkommen.....	5
3.	Griechische Zyprioten .....	7
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	7
	Innenpolitische Entwicklungen .....	7
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften .....	8
4.	Türkische Zyprioten .....	9
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	9
	Beziehungen zur Türkei .....	10
	Innenpolitische Entwicklungen .....	11
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften .....	12
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	13

### **FES NEWS**

– bitte folgen und besuchen Sie uns auf –

[@FESCyprus](#) - [www.fescyprus.org](http://www.fescyprus.org) - [www.facebook.com/FEScyprus](https://www.facebook.com/FEScyprus)

Zum Abonnieren des kostenlosen Newsletters schicken Sie bitte eine Mail an  
[FESPaparoditi@gmail.com](mailto:FESPaparoditi@gmail.com)

## 1. Das Zypernproblem

Im Juli endete die Zypernkonferenz im schweizerischen Crans-Montana erfolglos. UN-Generalsekretär Antonio Guterres wünschte allen Zyprioten im Süden und Norden der Insel nach zehn erfolglosen Verhandlungstagen am 7. Juli alles Gute. Die Zypernkonferenz war am 28. Juni wiederaufgenommen worden, um die bestehenden Unterschiede hinsichtlich interner, vor allem aber externer Aspekte des Zypernproblems zu überbrücken.

Das Scheitern der Verhandlungen in Crans-Montana wird im Süden und Norden Zyperns unterschiedlich erklärt. Während die griechisch-zypriotischen Medien die Unnachgiebigkeit der Türkei in den Fragen Garantie und Interventionsrechte hervorheben, betonen die türkisch-zypriotischen Medien den Standpunkt von Nicos Anastasiades, der darauf bestand, dass es „keinerlei Truppen und Garantien“ geben dürfe.

Während der ersten fünf Verhandlungstage beschuldigten sich beide Seiten gegenseitig, außerhalb des am 30. Juni von Guterres vorgelegten Verhandlungsrahmens zu agieren. Der Verhandlungsrahmen sah die Abschaffung der Garantie- und Interventionsrechte als wichtiges Element einer vereinbarten Lösung vor und schlug vor, dass die Frage der stationierten Soldaten in einem Bündnisvertrag, die eine von allen Seiten akzeptierte Anzahl griechischer und türkischer Truppen vorsah – d.h. 950 griechische bzw. 650 türkische Soldaten - festgelegt werden sollte. Die Türkei zeigte sich bereit, über das Garantiesystem zu verhandeln, bestand jedoch auf der Präsenz türkischer Truppen auch

nach einer Lösung. Andererseits bestand die griechisch-zypriotische Seite darauf, dass ihre Forderung nach der Abschaffung der Garantierechte und einem kompletten Truppenabzug den Verhandlungsrahmen nicht verletzte. Da die Verhandlungen in eine Sackgasse zu geraten schienen, kündigte der UN-Generalsekretär für den 6. Juli seine Ankunft an, während Anastasiades am 5. Juli ein, wie er es nannte, Packet mit Kompromissvorschlägen vorlegte, um die Blockade zu überwinden.

Unter den Vorschlägen fanden sich Zugeständnisse hinsichtlich der wichtigsten Forderungen der türkischen Zyprioten, so wie z.B. ein gemeinsames Ticket für die Wahlen zu einer sich abwechselnden Präsidentschaft, effektive Mechanismen zur Überwindung von Pattsituationen in den Entscheidungsgremien, wonach z.B. mindestens eine türkisch-zypriotische Stimme bei einer Abstimmung, unabhängig von der absoluten Mehrheit, für die Beschlussfassung nötig wäre. Des Weiteren sollte die Türkei einer Auslaufklausel für den Abzug türkischer Truppen zustimmen und einseitige Interventionsrechte aufgeben. Im Gegenzug für die Kompromisse hinsichtlich Governance und dem Abzug türkischer Soldaten forderte Anastasiades die Rückgabe der Kleinstadt Morphou und anderer Gebiete unter griechisch-zypriotische Verwaltung, sodass die Anzahl zurückkehrender Flüchtlinge unter griechisch-zypriotischer Verwaltung bei 100.000 läge. Laut der Tageszeitung *Politis* sei Anastasiades Vorschlag hinsichtlich der Auslaufklausel flexibel gewesen, solange die Türkei einem vollständigen Rückzug und einer auch aus Griechen und Türken bestehenden internationalen Polizeitruppe zustimme. Laut

Berichten beinhaltete der Vorschlag ebenfalls die Gleichbehandlung türkischer Staatsbürger auf Zypern im Verhältnis 4:1 zugunsten griechischer Staatsbürger basierend auf den entsprechenden Bevölkerungszahlen.

Berichten zufolge legte der türkische Außenminister Mevlut Cavusoglu einen Gegenvorschlag vor, wonach die Frage des endgültigen Abzuges der verbleibenden türkischen und griechischen Truppen nach 15 Jahren noch einmal verhandelt werden sollte. Laut von *Politis* genannten Quellen, habe Cavusoglu gesagt, dass die Türkei diesen Punkt auch früher überprüfen könne, wenn sich die griechisch-zypriotische Seite während dieser Zeit „gut benehme“. Hinsichtlich der Gebietsfrage, habe die Türkei Berichten zufolge nur die Rückgabe eines Teils von Morphou akzeptiert. Zudem forderte der türkische Außenminister, dass die Bestimmungen der Zypernlösung EU-Primärrecht werden sollten und die gleichwertige Behandlung aller türkischen Staatsbürger in Zypern.

Laut Berichten habe Cavusoglu in der letzten Verhandlungsnacht die mündliche Zusage gemacht, dass die Türkei bereit sei, die Garantie- und Interventionsrechte aufzugeben. Diesen Berichten zufolge habe die Türkei jener Klausel von Guterres Verhandlungsrahmen auf Basis des Bündnisvertrags von 1960 und die darin aufgeführte Anzahl auf Zypern stationierter griechischer und türkischer Soldaten – 950 bzw. 650 – zugestimmt. Eine endgültige Entscheidung über einen vollständigen Rückzug und dessen Zeitpunkt sollte auf „höchster Ebene“, d.h. von den Regierungschefs der drei Garantiemächte Griechenland, Großbritannien

und Türkei, nach 15 Jahren getroffen werden. Cavusoglu wiederholte jedoch die offizielle türkische Position, nachdem er von Anastasiades aufgefordert worden war, diese Konzession auch schriftlich festzuhalten. Die Frage der Auslaufklausel oder einer Überprüfung nach 15 Jahren bekam so der entscheidende Punkt, der die Verhandlungen zum Scheitern brachte.

Kurz nach Ende der Konferenz in Crans-Montana erklärte Cavusoglu, dass das Scheitern der Verhandlungen ein Beweis dafür sei, dass eine Lösung im Rahmen der Guten Dienste der Vereinten Nationen nicht möglich sei und dass es „sinnlos sei, auf diesen Rahmen zu bestehen“. Man werde die Bemühungen innerhalb anderer Bedingungen fortführen und habe einen Plan B.

Anastasiades gab jedoch bekannt, dass er bereit sei, eine Lösung innerhalb der von dem UN-Generalsekretär gesetzten Bedingungen zu verhandeln. Laut Anastasiades sei die griechisch-zypriotische Seite zu Verhandlungen bereit, wenn sowohl der Garantiemächte- sowie der Bündnisvertrag und das Interventionsrecht ab dem ersten Tag hinfällig seien und ein effektiver Mechanismus zur Umsetzung und Überprüfung einer Lösung basierend auf den von der griechisch-zypriotischen Seite unterbreiteten Vorschlägen gefunden und ein Zeitplan für den Abzug der türkischen Soldaten vereinbart würde.

Am 26. Juli gab der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci in Übereinstimmung mit der türkischen Armeeführung sowie der türkischen Botschaft im Norden

bekannt, dass man 4.000 Maroniten die Rückkehr in ihre Dörfer erlauben werde. Es handelt sich dabei um die Dörfer Ayia Marina, Asomatos und Karpasha, in denen vor 1974 Maroniten und türkische Zyprioten gemeinsam gelebt hatten. Diese Dörfer stehen seit 1974 unter der Kontrolle des türkischen Militärs. Maroniten sowie Armenier und Lateiner (Katholiken) werden als religiöse Gruppen und Teil der griechisch-zypriotischen Bevölkerung betrachtet. Es wurde auch berichtet, dass die Verantwortlichen im Norden die Rückkehr von 16.000 Flüchtlingen in die abgezaunte Stadt Varoscha bei Famagusta unter türkisch-zypriotischer Verwaltung erlauben würden. Regierungssprecher Nicos Christodoulides bezeichnete dies als einen weiteren, einseitigen Schritt der türkischen Zyprioten nach dem Scheitern der Verhandlungen in der Schweiz. Dies decke sich mit der türkischen Strategie, eine Lösung außerhalb der von der UN vorgeschlagenen Richtlinien als Teil des sogenannten Plans B zu finden.

Nachdem der Präsident des UN-Sicherheitsrats, der Chinese Liu Jieyi, von UN-Sonderberater Esben Barth Eide und der UN-Sondergesandten Elisabeth Spehar über die neuesten Entwicklungen der Verhandlungen informiert worden war, erklärte Jieyi am 20. Juli, dass die Mitglieder des Sicherheitsrates weiterhin beide Seiten bei ihrem Versuch, eine umfassende und dauerhafte Lösung der Zypernfrage auf der Basis der vom UN-Sicherheitsrat verabschiedeten Resolutionen zu finden, unterstützen würden. Gleichzeitig forderte er beide Seiten auf, die Situation zu überdenken. Eide hatte zuvor das Scheitern der Gespräche auf ein „kollektives Versagen“ zurückgeführt und Schuldzuweisungen vermieden.

In einem Interview mit der *Cyprus News Agency* am 22. Juli konterte Eide die vor Crans-Montana geäußerte Kritik der griechisch-zypriotischen Seite, dass er unvorbereitet in die Gespräche gegangen sei. Des Weiteren erklärte Eide, dass die Vereinten Nationen sowohl in Crans-Montana wie auch weiterhin davon überzeugt seien, dass ein Ende des Garantiemächtesystems möglich sei. Eide erläuterte, dass es keine Einigung über die Länge der griechischen und türkischen Truppenpräsenz geben habe. Es sei klar gewesen, dass die Anzahl der stationierten Soldaten reduziert werden müsse und dass man im Falle einer Truppenreduzierung auf den alten Stand zurückfallen werde. Man habe sich jedoch nicht zwischen Revisionsformel, die Gespräche über die Zukunft der Truppen nach einem festgelegten Zeitpunkt und einem fixen Abzugsdatum einigen können. Man habe sich also auf einen wichtigen Durchbruch in der Garantiemächtefrage zubewegt, gleichzeitig sei jedoch die Frage der Truppenpräsenz noch im Raum gestanden. Eide stellte klar, dass man habe eine Einigung erreicht habe, wonach die Anzahl der verbleibenden Truppen nach einem Abzug sehr klein sein werde.

Die griechisch-zypriotische Seite stimmte nicht mit Eides Einschätzung überein, dass die Gespräche aufgrund eines „kollektiven Versagens“ gescheitert seien, sondern bestand auf ihrem Standpunkt, dass die türkische Seite die alleinige Verantwortung trage. Anastasiades kritisierte den UN-Sonderberater heftig und bezichtigte ihn der Lüge über die wahren Gründe für das Scheitern der Gespräche in Crans-Montana. Er gab die Veröffentlichung der eigenen Gesprächsprotokolle bekannt, um zu

„zeigen, wer hier die Wahrheit sagt“. Gleichzeitig wurde Eide von dem türkisch-zypriotischen Außenminister Tahsin Ertugruloglu kritisiert. Eide habe seine Kompetenzen überschritten, als er in dem besagten Interview gesagt habe, dass „Garantie- und Interventionsrechte keinen Platz in einem modernen Staat“ hätten.

Am 24. Juli hielt Eide separate Treffen mit den beiden Volksgruppenvertretern Mustafa Akinci und Nicos Anastasiades. Er schloss aus den Gesprächen, dass eine Fortsetzung der Verhandlungen nicht so schnell erfolgen werde.

Derweil beschuldigten am 25. Juli der türkische Außenminister Mevlut Cavusoglu und der türkische Europa-Minister Omer Celik die griechischen Zyprioten, dass sie die Öffnung neuer EU-Beitrittskapitel blockierten und während der Zypernkonferenz in Crans-Montana eine unproduktive Haltung eingenommen hätten. Laut der *Cyprus News Agency* befanden sich Celik und Cavusoglu zu Gesprächen auf höchster Ebene mit der Kommissarin für Außenangelegenheiten der EU, Federica Mogherini, und Erweiterungskommissar Johannes Hahn in Brüssel. Während einer Pressekonferenz beschuldigten sie die griechischen Zyprioten und forderten die anwesenden Reporter auf, Mogherini zu fragen, „wer in Crans-Montana produktiv und wer unproduktiv“ gewesen sei. Die griechischen Zyprioten seien unproduktiv gewesen und könnten die Türkei nicht länger bei den Beitrittsgesprächen in „Geiselnhaft“ nehmen.

Am 27. Juli verabschiedete der UN-Sicherheitsrat einstimmig eine Resolution zu Verlängerung des Mandats der UN-Friedenstruppe in Zypern

(Unficyp) um weitere sechs Monate bis zum 31. Januar 2018 und forderte nach vier Monaten eine Überprüfung der Situation. Des Weiteren rief der Sicherheitsrat die beiden Volksgruppenvertreter dazu auf, sich weiterhin für die Erreichung von Konvergenzen in den Kernfragen einer Zypernlösung einzusetzen, die öffentliche Stimmung zu verbessern, um eine sichere Lösung zu finden und die Zivilgesellschaft an dem Verhandlungsprozess vermehrt einzubinden.

Am 20. Juli jährte sich der Einmarsch der türkischen Truppen im Jahr 1974 zum 43. Mal. Nach dem Einmarsch wurde das nördliche Drittel der Insel durch das türkische Militär besetzt. Dem Einmarsch ging ein durch die griechische Junta organisierter Militärputsch voraus mit dem Ziel, die rechtmäßige Regierung der Republik Zypern zu stürzen. Im Gedenken an den Einmarsch wurden im Süden Gottesdienste und andere Veranstaltungen abgehalten. Im Norden fanden Gedenkveranstaltungen für die – von der Türkei so bezeichneten – Zypriotische Friedensoperation statt. Derweil entrollten im Norden während eines Empfangs des türkisch-zypriotischen Volksgruppenvertreters Mustafa Akinci Aktivisten der Solidaritätsbewegung, die sich für eine Wiedervereinigung Zyperns einsetzt, ein Banner, um gegen die Feiern im Gedenken an die türkische Invasion zu demonstrieren, und wurden daraufhin von Sicherheitsbeamten entfernt.

## 2. Gasvorkommen

Am 12. Juli erreichte das Bohrschiff *West Capella* im Auftrag des französischen Energieun-

ternehmens Total und der italienischen Firma ENI Block 11, der sich innerhalb der exklusiven Wirtschaftszone Zyperns befindet, um die Bohrarbeiten an der Onisiphoros West-1-Quelle zu beginnen. Die Ankunft des Schiffes wurde von Warnungen von türkischer Seite begleitet. Die Bohrstelle befindet sich ca. 40 km von dem Gasfeld Zohr entfernt, welches in der exklusiven Wirtschaftszone Ägyptens liegt. 2013 wurde ein Gasvorkommen von 30 Trillionen Kubikfuß in dem Zohr-Feld gefunden. Die Republik Zypern trat 2013 die Rechte an Block 11 nach Abschluss einer zweiten Vergaberunde an TOTAL ab. Nach den Gasfunden in dem ägyptischen Gasfeld bewertete TOTAL sein geophysikalisches Modell neu und verlängerte die Nutzung von Block 11. Die Bohrungen sollen zwischen zwei und drei Monate dauern und vorläufige Ergebnisse sollen zwischen September und Oktober bekanntgemacht werden.

Als Reaktion auf die Bohraktivitäten kündigte die Türkei Marineübungen innerhalb des Gebiets westlich von Zypern an, in welchem sich die Offshore-Blöcke 5, 6 und 7 befinden. Die *West Capella* wurde von einer türkischen Freigatte zwischen Kreta und Zypern gestoppt, konnte aber ohne weitere Verzögerungen weitersegeln. Ankara schickte ebenfalls zwei Schiffe und ein U-Boot, um die Bohraktivitäten aus nächster Nähe zu beobachten. In der Zwischenzeit begann das türkische Schiff *Barbaros Hayreddin Pasa* mit seismologischen Untersuchungen in dem Offshore-Block 6, dessen Gebiet sich nach türkischen Angaben zum Teil mit dem türkischen Festlandsockel überschneidet. ENI und TOTAL wollen dort 2018 mit ihren Bohrungen beginnen. Ankara versucht Berich-

ten zufolge, selber eine Bohrplattform zu erwerben, um damit Probebohrungen in zyprischen Gewässern durchzuführen.

Der türkische Premierminister Binali Yildirim forderte die griechischen Zyprioten auf, von einseitigen Maßnahmen abzusehen und warnte, dass die Erkundungsaktivitäten im östlichen Mittelmeer „zum falschen Zeitpunkt“ stattfänden und „gefährlich“ seien. Ankara werde die Rechte und Interessen der türkischen Zyprioten verteidigen. Auf einer Energiekonferenz in Istanbul betonte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan, es sei unverständlich, dass einige Energieunternehmen zusammen mit den griechischen Zyprioten in einer derart unverantwortlichen Art und Weise handelten. Die Türkei beansprucht für sich die Blöcke 1, 4, 6 und 7, die sich innerhalb der exklusiven Wirtschaftszone Zyperns befinden. Ankara unterstützt auch die Ansprüche der TRNZ<sup>1</sup> auf die Blöcke 1, 2, 3, 8, 9, 12 und 13 und erkennt generell Zypern nicht als Staat an.

Nikosias reagierte zurückhaltend. Offizielle Stellen betonen, dass es wichtig sei diploma-

---

<sup>1</sup> Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern als die Regierung für die gesamte Insel betrachtet wird, ist die gesamte Insel Teil der Europäischen Union. Der Acquis Communautaire ist im Norden jedoch so lange ausgesetzt, bis eine Lösung der Zypernfrage zustande kommt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages).

tisch zu handeln, um die Spannungen abzubauen. Als Energieminister Giorgos Lakkotrypis nach den Energieplänen Zyperns gefragt wurde, antwortete er mit Hinblick auf die türkischen Übergriffe in der exklusiven Wirtschaftszone Zyperns, dass der Zeitplan für die Bohrungen wie geplant eingehalten werde und man auf positive Ergebnisse hoffe. Das Unternehmen TOTAL, welches die *West Capella* geleast hat, hat bereits mehrmals angedeutet, dass es die Bohraktivitäten nicht unterbrechen werde, es sei denn die Crew sei in Gefahr.

Laut Informationen der *Times of Israel* gab der israelische Energieminister Yuval Steinitz bekannt, dass Israel und die Türkei beschlossen hätten, die Bemühungen zum Abschluss einer Vereinbarung über den Bau einer Pipeline zwischen beiden Ländern zu verstärken.

### 3. Griechische Zyprioten

#### Wirtschaftliche Entwicklungen

Am 19. Juli zahlte Zypern einen Teil seiner Bail-Out-Kredite an den Internationalen Währungsfond (IWF) vor dem Fälligkeitsdatum zurück. Nach Angaben der Verwaltungsbehörde für Staatsschulden zahlte die Regierung 288 Millionen Euro und reduzierte die Schulden gegenüber dem IWF auf 700 Millionen Euro. Die Rückzahlung erfolgte nach der Ausgabe von Anleihen mit siebenjähriger Laufzeit und 2,75% Rendite in einem Umfang von 850 Millionen Euro im Juni, mit dem Ziel die Kosten zu senken. Der Zinssatz des IWF-Kredits lag bei 3,52%. Die rest-

liche Summe wurde dazu benutzt, teurere Anleihen mit einem Nennwert von 500 Millionen Euro abuzahlen. Sowohl der IWF-Vorstand wie auch die Direktoren des Europäischen Stabilitätsmechanismus befürworteten die vorzeitige Rückzahlung.

Nach Angaben des statistischen Dienstes nahm die Zahl der ankommenden Touristen im Juni um 14% zu und lag bei 472.450. Dies ist die bisher höchste Anzahl für den Monat Juni.

Am 28. Juli erhöhte die Ratingagentur Moody's Zyperns Kreditwürdigkeit von B1 auf Ba3. Somit ist Zypern immer noch im spekulativen Bereich. Moody's bewertete Zypern mit einem positiven Ausblick und begründete die Bewertung mit einer verbesserten wirtschaftlichen Belastbarkeit Zyperns und einem dauerhaften Haushaltsüberschuss sowie der verringerten Schuldenquote und der Verringerung der von den Banken gehaltenen notleidenden Kredite.

#### Innenpolitische Entwicklungen

Das Zentralkomitee der AKEL gab am 22. Juli bekannt, dass es das Zentralsekretariat der Partei autorisiert habe, eine mögliche Zusammenarbeit mit Stavros Malas für die 2018 stattfindenden Präsidentschaftswahlen auszuloten, nachdem eine Zusammenarbeit mit dem Unternehmer Mike Spanos, welchen die Partei favorisierte, im Juni gescheitert war. Falls sich die AKEL-Führung und Malas in wichtigen Punkten einigen können wie z.B. die Zypernfrage und Wirtschaft, soll die Kandidatur von Malas auf dem im September stattfindenden Parteitag besiegelt werden. Malas war Gesundheitsminis-

ter während der Christofias-Präsidentschaft und war für die AKEL in den Präsidentschaftswahlen 2013 angetreten, in der er in zweiten Runde Nicos Anastasiades von der DISY unterlag.

### **Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften**

Am 11. Juli hielten die Mitarbeiter der Genossenschaftsbanken einen 24-stündigen Streit ab. Dies war die Fortsetzung eines dreistündigen Streiks, der Ende Juni abgehalten worden war, da es keine Fortschritte bei der Lösung des bestehenden Arbeitskonflikts gab.

Der Generalrechnungsprüfer kritisierte die Forderung des Erziehungsministeriums nach der Schaffung von 358 neuen Lehrerstellen. In seinem Brief an das Parlament legte der Generalrechnungsprüfer dar, dass die Arbeitszeit der Lehrer in der Praxis nicht effizient genutzt werde. Das Ministerium habe nicht erklären können, warum die Unterrichtsstunden der Lehrer mit zunehmender Dienstzeit abnehmen und welche anderen Aufgaben die Lehrer stattdessen ausüben. Des Weiteren hätten die zypriotischen Lehrer im Vergleich zu ihren Kollegen in der EU die wenigsten Unterrichtsstunden und weniger Schüler pro Klasse. In internationalen Vergleichstests schnitten die zypriotischen Schüler trotz dieser Rahmenbedingungen schlecht ab.

Die Gewerkschaft PEO akzeptierte den Vorschlag des Arbeitsministeriums hinsichtlich der Wiedereinführung der automatischen Anpassung der Gehälter an die steigenden Lebenshaltungskosten (COLA). Demnach dient der Stand von 2017 als Grundlage, auf welcher die COLA-

Zahlungen während einer Übergangsphase von drei Jahren einmal im Jahr zu 50% ausbezahlt werden. Falls im zweiten und dritten Quartal des vorhergehenden Jahres eine negative Preissteigerung stattfindet, soll die COLA-Rate auf den Stand des ersten Quartals eingefroren werden. Dieser Kompromiss wurde von den Gewerkschaften angenommen, da er der Forderung der Arbeitnehmer nach einer völligen Abschaffung der COLA-Zahlungen oder einer Fortführung auf der Basis eingefrorenen Standes als Ergebnis der Krisenjahre und somit einer Negativzahlung nicht nachkommt. Die Antwort der anderen Tarifpartner steht noch aus. Im Falle einer Zustimmung soll die Einigung ab Januar 2018 in Kraft treten.

Das Parlament stimmte dem Rotationsprinzip im öffentlichen und halb-öffentlichen Dienst zu, im Gegenzug wurden 125 Stellen im öffentlichen und 83 Stellen im halb-öffentlichen Bereich nach einem Einstellungsstopp wieder geöffnet.

Die Gewerkschaft PEO hielt einen Protest ab, um die Entscheidung des Managements des staatlichen Fernsehsenders CyBC zu kritisieren, wonach eine Reihe von Angestellten ohne vorherige Absprache mit der Gewerkschaft befördert worden waren. Des Weiteren habe der Sender seit langem viele ungelöste Probleme.

Der Konflikt zwischen der Gewerkschaft der Bankangestellten, ETYK, und der Hellenic Bank konnte nicht beigelegt werden. ETYK warnte das Management, dass man „weitere Maßnahmen ergreifen“ werde, falls die Bank „ihr autoritäres Vorgehen“ fortsetze. ETYK gab an, dass

alle Angestellten in dem 24-stündigen Streik im vergangenen Monat teilgenommen hätten und dass sogar die zypriotische Arbeitgebervereinigung OEB den Positionen der Gewerkschaft zustimmten. Das neu gegründete Unternehmen der Hellenic Bank, APS, hat seinen Betrieb bereits aufgenommen. Die ETYK betrachtet dies als eine einseitige Maßnahme, welche die Rechte der 130 Angestellten nicht berücksichtigt. Das Management der Hellenic Bank weist jedoch darauf hin, dass es keine Änderung hinsichtlich der Rechte und Sozialleistungen der Angestellten gebe. ETYK betrachtet die Tatsache, dass eine jährliche Gehaltserhöhung nicht vorgesehen ist, als eine Verletzung des Gesetzes zum Schutz der Gehälter. Im Rahmen des Disputes fand ein 48-stündiger Streik der 130 APS-Angestellten statt.

Das Europäische Parlament nahm den Bericht über prekäre Beschäftigungsverhältnisse an, welche der zypriotische Europa-Abgeordnete von der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken-Nordische Grüne Linke, Neoklis Sylikiotis, vorgeschlagen hatte. In dem Bericht werden die Europäische Kommission und die Mitgliedsstaaten aufgefordert, für die Arbeitnehmer einen effektiven Schutz zu gewährleisten und prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu verringern oder ganz abzuschaffen. Der Bericht ist Teil einer Serie von Berichten über soziales Dumping und prekäre Beschäftigungsverhältnisse für Frauen. Der Bericht zielt darauf ab, die Definition der Internationalen Arbeiterorganisation hinsichtlich fairer Beschäftigungsverhältnisse in die politische Debatte einzubringen.

Ab dem 1. August 2017 haben Väter neugeborener Kinder in Zypern Anspruch auf zwei Wochen bezahlten Vaterschaftsurlaub. Es wird erwartet, dass dieses Angebot großen Anspruch findet im Gegensatz zu dem 2003 eingeführten unbezahlten Vaterschaftsurlaub, wonach Väter bis zu 18 Wochen unbezahlten Urlaub für jedes Kind unter acht Jahren in Anspruch nehmen konnten.

## 4. Türkische Zyprioten

### Wirtschaftliche Entwicklungen

Nach Angaben der staatlichen Planstelle erhöhte sich der Verbraucherpreisindex im Norden im Juni um 7,68% im Vergleich zum Dezember 2016 und um 15,02% verglichen mit dem Vorjahresmonat. Folglich lag die Inflationsrate in den ersten sechs Monaten des Jahres 2017 bei 7,68%. Gleichzeitig erhöhte sich 2016 das reale Bruttoinlandsprodukt um 3,6%. Aufgrund des Wertverlustes der Türkischen Lira (TL) im Vergleich zum US-Dollar, nahm das BIP basierend auf US-Dollar nur 2,5% zu und lag 2015 bei 3,74 Milliarden TL, während es 2016 bei 3,84 Milliarden TL lag. Das Pro-Kopf-Einkommen nahm 2016 um 1,3% zu und lag bei 13.902 US-Dollar.

Der Mindestlohn wurde auf 2.175 TL (525 Euro) erhöht. Diese Entscheidung wurde mehrheitlich im Parlament getroffen, nachdem Arbeitgeber- und Regierungsvertreter einem Vorschlag zugestimmt hatten, wonach die Zunahme der Lebenshaltungskosten von 7,68% in den Gehäl-

tern berücksichtigt werden solle. Dieser Vorschlag war jedoch von den Arbeitgebervertretern abgelehnt worden.

Laut Berichten der Tageszeitung Havadis ist die Umsetzung des Wirtschafts- und Finanzprotokolls mit der Türkei von der türkisch-zypriotischen Regierung beinahe ausgesetzt worden. Als Konsequenz wird es für die Regierung schwierig werden, die für 2017 eingeplanten türkischen Subventionen in Anspruch zu nehmen, da dies von der Umsetzung des Protokolls abhängig ist, welches Reformen vorsieht, die negative Folgen für die Anhänger der derzeitigen Koalitionsregierung haben und somit deren Unterstützung in Frage stellen könnten. Die Zeitung ließ auch durchblicken, dass das Versagen der türkisch-zypriotischen Regierung bei der Umsetzung der Reformen ein Grund für den Rücktritt des türkischen stellvertretenden Premierministers für Zypern, Tugrul Turkes, war.

### **Beziehungen zur Türkei**

Der stellvertretende Premierminister Recep Akdag wurde nach einer Regierungsumbildung in das Amt des Ministers für Zypern berufen. Akdags Vorgänger Tugrul Turkes ist nicht mehr Mitglied der Regierung.

Das türkisch-zypriotische Oberhaupt für religiöse Angelegenheiten, d.h. der Mufti für Zypern, Talip Atalay, wurde während eine Reise in der Türkei von Sicherheitsbehörden im Rahmen der Ermittlungen gegen die Gülen-Bewegung festgehalten. Die türkische Regierung verdächtigt die Gülen-Bewegung hinter dem fehlgeschlagenen Putschversuch letzten Sommer. Atalay

wurde nach einer Befragung durch die Polizei in Mersin auf Kautionsfreigabe freigelassen. Der Anwalt Atalays bezeichnete alle Beschuldigungen gegen seinen Mandanten als „haltlos“. Die Tageszeitung Cyprus Today berichtete, dass nach Aussagen von Atalays Stellvertreter, Fahrettin Ogdu, die Festnahme aufgrund von Anschuldigungen des türkisch-zypriotischen Außenministeriums erfolgte und weil er an Treffen mit anderen religiösen Oberhäuptern auf Zypern als Teil des interreligiösen Dialogs teilgenommen habe. Er fügte hinzu, dass die Anschuldigungen gegen Atalay eine Schmierkampagne sei, die von „gewissen Kreisen“ ins Leben gerufen worden sei mit dem Ziel, Atalay zu diskreditieren.

Der türkische Botschafter Derya Kanbay erklärte, dass es „Beweise“ für die Unterwanderung nicht nur öffentlicher Einrichtungen, sondern auch im Gesundheitswesen, im Bildungsbereich, in der Geschäftswelt und bei zivilgesellschaftlichen Organisationen im Norden durch die Gülen-Bewegung gebe. In einem anderen Zusammenhang sagte der stellvertretende türkische Premierminister und Regierungssprecher Numan Kurtulus, man wisse, dass sich die Gülen-Bewegung in der „TRNZ“ neu organisiert habe. Man werde dies jedoch ans Licht bringen.

Aus Anlass des ersten Jahrestages des Putschversuches in der Türkei und im Gedenken an dessen Opfer wurde vor der türkischen Botschaft in Nikosia eine Gedenkveranstaltung abgehalten. Der Chefberater des türkischen Präsidenten Erdogan, Bulent Gedikli, Botschafter Kanbay und der türkisch-zypriotische Gesundheitsminister Faiz Sucuoglu nahmen an der Veranstaltung teil. Gedikli, der auch die AKP

im Norden der Insel repräsentiert, lobte die „TRNZ“ für deren Unterstützung gegenüber der Türkei während der Nacht des Putschversuches. Erdogan sende seine „Liebe und Grüße“ an die „TRNZ“.

### **Innenpolitische Entwicklungen**

Laut einer von der Prologue Consulting durchgeführten und von der türkisch-zypriotischen Tageszeitung Yeniduzen veröffentlichten Meinungsumfrage sehen 72,5% der 600 Teilnehmer die Schuld für das Scheitern der Vereinigungsverhandlungen bei Anastasiades, während 87,9% glauben, dass Anastasiades Beitrag während der Konferenz insgesamt negativ war. Während 74,4% der türkischen Zyprioten von dem Ausgang der Verhandlungen enttäuscht waren, betrachteten die Mehrheit der Befragten, d.h. 67,6%, Akincis Beitrag zu den Verhandlungen als positiv. 56,1% der Befragten gaben an, dass sie eine Zwei-Staaten-Lösung bevorzugten. Nur 4,9% gaben an, dass sie eine Union mit der Türkei befürworteten. Die drei größten Probleme sind nach Angaben der Teilnehmer Korruption und Straffreiheit für Amtsträger, die wirtschaftliche Lage sowie die hohen Lebenshaltungskosten.

Am 4. Juli forderte ein Bündnis bestehend aus Gewerkschaften, darunter die beiden größten Lehrerverbände, den Oppositionsparteien TDP (Sozialdemokratische Partei), BKP (Vereinigtes Zypern), YKP (Neues Zypern) sowie mehreren zivilgesellschaftlichen Organisationen Präsident Akinci auf, die Entscheidung nach zusätzlichen Befugnisse für die Abteilung für religiöse Angelegenheiten an das Verfassungsgericht weiter-

zuleiten, da sie nicht verfassungskonform seien. Die dreizehn Organisationen erklärten in einer Stellungnahme, dass die vorgeschlagene Gesetzesänderung „diskriminierend“ sei und den Grundsatz der Trennung von Staat und Religion verletze. Der Gesetzesvorschlag war im Juni von dem Parlament angenommen worden. Nach Rücksprache mit dem Generalstaatsanwalt legte Präsident Akinci das Gesetz dem Parlament noch einmal zur Abstimmung vor. Nach Angaben der Regierung sei das Gesetz zur Regelung religiöser Aktivitäten notwendig. Gegner des Gesetzes betonten jedoch, dass es gegen „das in der Verfassung festgelegte Gleichheitsprinzip“ verstoße und hauptsächlich die Sunniten bevorteile. Das Gesetz verletze Artikel 8 der Verfassung, wonach „weder einzelnen Bürgern, noch Familien, Gruppen oder Klassen Privilegien gewährt“ werden sollten. Des Weiteren wurden in der Stellungnahme der erweiterte Zuständigkeitsbereich der Behörde und die Vergrößerung deren Belegschaft kritisiert.

Der Vorsitzende der an der Koalitionsregierung beteiligten, kleineren Partei DP (Demokratische Partei), und stellvertretende Premierminister, Serdar Denktasch, gab bekannt, dass seine Partei die von den Volksgruppenvertretern vereinbarte Gemeinsame Erklärung vom 11. Februar 2014 nicht länger unterstützen werde. Denktasch erklärte, dass seine Partei den Verhandlungsprozess im Rahmen der Gemeinsamen Erklärung für abgeschlossen halte. Auf die Frage, ob die „TRNZ“ die 82. Provinz der Türkei werden könne, antwortete Denktasch, dass es für ihn die Auflösung der „TRNZ“ außer Frage stehe. In einem anderen Zusammenhang sagte der Vorsitzende der größeren, an der Regierung

beteiligten Partei UBP und Premierminister Huseyin Ozgurgun, dass die „TRNZ“ nie und nimmer einen Minderheitenstatus annehmen oder die 82. Provinz der Türkei sein werde. Die „TRNZ“ sei ein unabhängiger Staat mit einer demokratischen Struktur und werde dies trotz aller Schwierigkeiten auch künftig sein.

### **Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften**

Während eines Arbeitsunfalls in Kyrenia verlor ein weiterer Bauarbeiter sein Leben. Das Unfallopfer trug keinen Sicherheitsgurt und fiel von der fünften Etage einer Baustelle. Wie sich herausstellte, hatte das Arbeitsministerium die Baufirma wegen Sicherheitsmängeln einen Monat vor dem Unfall verwarnt. Die Tageszeitung *Cyprus Today* berichtete, dass die Gewerkschaften die Regierung heftig für ihre Tatenlosigkeit kritisierten. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der türkisch-zypriotischen Angestellten des öffentlichen Dienstes, Ahmet Kaptan, beschuldigte die Regierung, dass sie nichts unternehme und zusehe, wie die Arbeiter sterben.

Aufgrund fehlender Maßnahmen und mangelnder Überwachung starben im letzten Jahr acht Arbeiter bei Arbeitsunfällen, während 129 mit Verletzungen davonkamen. Mit Hinblick auf die tödlich endenden Arbeitsunfälle in letzter Zeit würden die Zahlen in diesem Jahr zunehmen. Der Minister für Arbeit und Soziales, Hamza Saner, saß einer Krisensitzung mit den Mitarbeitern seines Ministeriums nach dem Unfall vor. Dort wurden die notwendigen Schritte zur Vermeidung weiterer Unfälle diskutiert. Saner gab bekannt, dass die „gesetzlichen Lücken“ durch

die anstehende Einführung neuer Sicherheitsvorschriften geschlossen würden. Die Mitarbeiter des Ministeriums seien seit September letzten Jahres an der Formulierung neuer Vorschriften beteiligt.

Bei Temperaturen von 44 Grad Celsius verhängte das Arbeitsministerium eine dreitägige Arbeitspause für die Zeit zwischen 12 und 16 Uhr. Mitarbeiter des Ministeriums kontrollierten 231 Betriebe im ganzen Land, vor allem Baustellen, nachdem 102 Beschwerden bei der Hotline des Ministeriums eingegangen waren. 22 Firmen wurden verwarnt, mussten jedoch kein Bußgeld zahlen. Laut des entsprechenden Gesetzes werden Arbeitgeber und Firmen bei der ersten Übertretung verwarnt. Bei einer weiteren Übertretung müssen die Arbeitgeber bis zu 50% des Mindestlohnes zahlen. In einem Interview mit der Tageszeitung *Cyprus Today* forderte der Vorsitzende der Gewerkschaft Devils, dass die bestehenden Gesetze verschärft werden müssten, da im Rahmen der bestehenden Gesetze, Übertritte nur mit einer Verwarnung oder einer geringen Strafe geahndet würden. Man müsse abschreckende Bußgelder einführen, andernfalls würden die Arbeitgeber die niedrigen Bußgelder bezahlen und davonkommen. Der Vorsitzende der Vereinigung des Baugewerbes, Cafer Gurcafer, stimmte Felek zu. Gesetzesänderungen seien notwendig, um die Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer zu schützen. Er fügte hinzu, dass die Behörden eine Begrenzung der Arbeitszeit im Freien während des Sommers auf die Zeit zwischen fünf und zehn Uhr morgens und 16 und 19 Uhr, ähnlich, wie in Dubai einführen müssten.

## 5. FES Zypern Veranstaltungen

### August

--- keine Veranstaltungen ---



### September

**Montag, 11.09.2017, 19:30**

Österreichische Botschaft Nicosia /  
Bundeskanzleramt Österreich / FES

Buchrepräsentation

**green line - evocative of an archeology of  
desperation and desire**

CVAR, 285 Ermou Street,  
Nicosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



### **Impressum:**

#### **Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)**

Büro Zypern  
Stasandrou Str. 20, Apt. 401  
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336  
Email: [office@fescyprus.org](mailto:office@fescyprus.org)  
Web-Seite: [www.fescyprus.org](http://www.fescyprus.org)  
Facebook: [www.facebook.com/FEScyprus](http://www.facebook.com/FEScyprus)

#### **Text:**

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,  
Sertac Sonan, Grigoris Ioannou, Ute Ackermann-  
Boeros und Sophia Papastavrou

#### **Übersetzung:**

Ute Ackermann-Boeros und Hubert Faustmann

#### **Layout:**

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen News-  
letter abonnieren oder abbestellen möchten, sen-  
den Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi [fespaparoditi@gmail.com](mailto:fespaparoditi@gmail.com)